

Kilian Zemp
Brönten 2
6143 Ohmstal
+41 79 710 90 88
Kilian.zemp@bluewin.ch



Kantonsrat Luzern
Bahnhofstrasse 15
CH-6002 Luzern

24. September 2023

Betreff: Petition zur Abschaffung der obligatorischen Kirchensteuer für Unternehmen und Anliegen bezüglich Vorwürfe gegen die Kirche

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte des Kanton Luzern,

ich wende mich heute an den Luzerner Kantonsrat, um die Abschaffung der obligatorischen Kirchensteuer für Unternehmen anzusprechen und meine Bedenken und Vorschläge dazu zu teilen. Diese Initiative wird durch die anhaltenden Vorwürfe gegen die Kirche, insbesondere in Bezug auf Fälle von Kindesmissbrauch und Vertuschungen, verstärkt.

Die derzeitige Praxis der obligatorischen Kirchensteuer für Unternehmen kann als uneinheitlich und diskriminierend empfunden werden, da nicht alle Unternehmen denselben religiösen Überzeugungen oder Werten folgen. Zugleich kommen jedoch immer wieder schockierende Fälle von Kindesmissbrauch in kirchlichen Institutionen ans Licht, begleitet von Vorwürfen der Vertuschung.

In diesem Zusammenhang schlage ich vor, die obligatorische Kirchensteuer für Unternehmen abzuschaffen und stattdessen ein freiwilliges System einzuführen. Unternehmen, die aus Gründen der Corporate Social Responsibility oder aus persönlicher Überzeugung weiterhin kirchliche Institutionen unterstützen möchten, können dies durch Spenden oder freiwillige Beiträge tun, die von der Steuer absetzbar sein sollten.

Diese Massnahme hätte mehrere Vorteile:

1. Wirtschaftliche Stärkung: Unternehmen werden von einer zusätzlichen finanziellen Belastung entlastet, was ihre Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsmöglichkeiten stärken kann.
2. Gerechtigkeit und Freiheit: Unternehmen haben die Freiheit, selbst zu entscheiden, ob und in welchem Masse sie religiöse oder wohltätige Zwecke unterstützen möchten, ohne staatlichen Zwang.

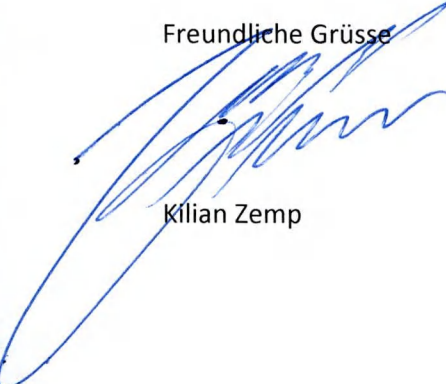
3. Transparenz und Gleichbehandlung: Ein freiwilliges System gewährleistet Transparenz und verhindert, dass Unternehmen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung unterschiedlich besteuert werden. Dies fördert die Gleichbehandlung von juristischen Personen und natürlichen Personen, selbst zu entscheiden was und wen man finanziert.

4. Verantwortlichkeit der Kirche: Durch die Entkopplung der Kirchenfinanzierung von der obligatorischen Steuer würden kirchliche Institutionen stärker zur Rechenschaft gezogen, insbesondere in Fällen von Missbrauch und Vertuschung, da dies nicht mehr über die allgemeine Steuer finanziert werden kann und der finanzielle Druck auch bei der Kirche steigt.

Ich lade Sie dazu ein, diesen Vorschlag zu prüfen und die notwendigen Schritte einzuleiten, um eine Debatte über die Abschaffung der obligatorischen Kirchensteuer für Unternehmen in der Schweiz zu fördern. Dies würde nicht nur die Unternehmenslandschaft verbessern, sondern auch die Prinzipien der individuellen Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit unterstützen.

Ich würde mich über eine Antwort oder Stellungnahme des Kantonsrates vom Kanton Luzern zu diesem Vorschlag freuen.

Freundliche Grüsse



Kilian Zemp